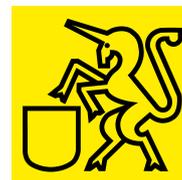




## 12. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 4. September 2023, 19:00 Uhr bis 20:59 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Patrick Schärli (die Mitte/EVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	38 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Tanja Boesch (die Mitte/EVP) Daniel Burkhardt (SVP)
	Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU) ab Traktandum 8 Frage 3
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmenzählende	Alexandra Freuler (SP) Oliver Kellner (Grüne) Sarah Steiner (SVP)

---



## Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 11. Sitzung vom 3. Juli 2023
3. Siedlungsentwässerungsverordnung (SEVO) / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 10/2023
4. Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland; Finanzierungsbeitrag Stadt Dübendorf 2024 – 2027  
GR Geschäft Nr. 28/2023
5. Postulat Rafa Tajouri (FDP) und 18 Mitunterzeichnende «Massnahmen für eine rasche Realisierung der Glattalbahnverlängerung» / Begründung und Überweisung  
GR Geschäft Nr. 32/2023
6. Postulat André Csillaghy (SP) und 8 Mitunterzeichnende «Auflösung des Investitionsstaus» / Begründung und Überweisung  
GR Geschäft Nr. 33/2023
7. Ersatzwahl eines Mitglieds der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte für die Amtsdauer 2022-2026  
Rücktritt Andreas Sturzenegger  
GR Geschäft Nr. 27/2023
8. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2023/2024

## 1. Mitteilungen

---

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) begrüsst alle Anwesenden im Saal und zu Hause via Livestream zur 12. Sitzung des Gemeinderates in der Legislatur 2022-2026. Speziell willkommen heisst er zwei neue Gemeinderatsmitglieder: Daniel Ganz als Nachrückender für Andreas Sturzenegger (beide FDP) und Claudia Günthart für Patrick Jetzer (beide Aufrecht). Beide Neumitglieder werden gebeten sich vorzustellen.

### Daniel Ganz (FDP)

"Mir ist es eine sehr grosse Freude und Ehre, heute hier zu sein und die FDP und meine Fraktion vertreten zu dürfen. Ich möchte mich sehr kurz halten, weil ich gehört habe, dass heute die sehr beliebte Fragerunde ist. Ich bin sehr gespannt, was hier alles kommt. Darum nur wenige Worte von mir. Ich denke, wir werden früher oder später sicher noch Zeit haben, um uns gegenseitig auszutauschen."



Ich bin seit über 20 Jahren hier in Dübendorf wohnhaft, meine Grosseltern waren schon hier. Und seit über zehn Jahren bin ich hier in der FDP Mitglied.

Ich freue mich sehr, zusammen mit Ihnen Dübendorf weiterzuentwickeln. Ich möchte dies gemeinsam tun und nicht abgrenzen oder fundamental vorwärtsgehen. Ich freue mich also sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen allen.

Am Schluss möchte ich mich auch noch sehr herzlich bei meiner Fraktion bedanken, wie sie mich herzlich und warm gegrüsst und mich ins Amt eingeführt hat. Und auch Edith Bohli möchte ich meinen herzlichen Dank ausrichten. Sie hat mich sehr detailliert und gewissenhaft eingearbeitet. Und ich hoffe, dass ich ab heute mein Amt wahrnehmen kann.

Vielen herzlichen Dank und auf eine gute Zusammenarbeit!"

### Claudia Günthart (Aufrecht)

"Wie schon erwähnt: Mein Name ist Claudia Günthart und ich stehe hier für Aufrecht. Aufrecht kann mehr als nur Widerstand gegen die Massnahmen. Aufrecht ist eine Bürgerrechtsbewegung, die im 2021 entstanden ist, weil die Politik den Leute vermehrt weniger zugehört hat. Das kam vor allem in den letzten Jahren so richtig zum Ausdruck. Aufrecht steht für die Subsidiarität, Regionalität, Schutz von Grund- und Menschenrechten und für Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit. Wir haben vier politische Schwerpunkte: Souveränität, Gesundheitspolitik, Bildung - und freie Wahl dafür – und Steuern – weniger Steuern. Wenn Sie nun neugierig geworden sind: Mehr dazu gibt es auf unserer Website.

Was interessanter ist, zu mir persönlich: Ich bin Dübendorferin, bin hier aufgewachsen, hier zur Schule und habe hier meine Freizeit verbracht. Im Sommer war ich in der Badi, im Winter auf dem Kreis. Das erklärt vielleicht die Liebe zum Eishockey und zum EHC Dübendorf. In jungen Jahren ging ich auf Reisen. Ich war länger nicht hier und kam 1997 wieder zurück nach Dübendorf, wo meine Wurzeln sind. Ich arbeite an der ETH, im Departement Informatik und unterstütze vier Professoren in administrativen Belangen. Ich koordiniere zusätzlich noch die Weiterbildung für den CAS in Informatik. Für mich muss die Politik wieder näher zum Bürger rücken. Sie hat sich über die letzten Jahre weit vom Menschen entfernt. Politik für Menschen mit Menschen ist mein Credo. Wenn Sie Fragen zu mir oder zu Aufrecht haben – was ich eigentlich hoffe – kommen Sie auf mich zu."

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 von der Geschäftsordnung vom Gemeinderat rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden.

Für die heutige Sitzung haben sich Tanja Boesch (die Mitte/EVP) und Daniel Burkhardt (SVP) entschuldigt. Es sind somit 38 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Der Stadtrat hat seit der letzten Sitzung dem Gemeinderat folgende Sachgeschäfte überwiesen:

- Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland; Finanzierungsbeitrag Stadt Dübendorf 2024 – 2027
- Teilnahme am Kantonalen Integrationsprogramm KIP 3 per 1. Januar 2024
- Kinderbetreuungsverordnung; Postulat Angelika Murer Mikolasek und 17 Mitunterzeichnende "Elternbeiträge an die Familienergänzende Kinderbetreuung"
- Spital Uster AG, Aktienkapitalerhöhung
- Kreditabrechnung Veloförderungskonzept 2015-2020; Massnahmen 2018, Erweiterung Veloabstellanlage Bahnhof Stettbach Süd
- Kreditabrechnung IMWIL Alters- und Spitexzentrum, Umbau der Station B1

Diese Geschäfte werden von der GRPK vorberaten.



Zudem hat der Stadtrat dem Gemeinderat die Volksinitiative "Dübendorf für alle; Wohnbauförderung durch aktive Liegenschaftspolitik" überwiesen. Bei diesem Geschäft kam die Frage auf, durch welche Kommission diese Vorlage zuhanden des Gemeinderates vorberaten werden soll. Gemäss der Geschäftsordnung des Gemeinderates entscheidet in solchen Zweifelsfällen der Gemeinderatspräsident über die Zuweisung. Mit Beschluss vom 28. August 2023 hat Ratspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) diese Vorlage der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte zur Antragstellung an den Gemeinderat zugewiesen.

Ausserdem hat der Stadtrat die schriftliche Anfrage Patrick Jetzer (Aufrecht) betreffend fachgerechter Rückbau Usterstrasse 10 beantwortet. Sie ist damit abschliessend behandelt.

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende Vorstösse:

- Motion Patrick Jetzer (Aufrecht): Verbot biometrischer Überwachung
- Postulat Rafa Tajouri (FDP) und 18 Mitunterzeichnende: Massnahmen für eine rasche Realisierung der Glattalbahnverlängerung
- Postulat André Csillaghy (SP) und 8 Mitunterzeichnende: Auflösung des Investitionsstaus

Zur Motion hat das Büro festgehalten, dass diese gemäss Artikel 32 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates abgeschrieben wird, sofern sich bis zum Ende der Gemeinderatssitzung vom 2. Oktober 2023 kein Ratsmitglied meldet, dass er oder sie diese Motion aufnimmt. Dies, weil der Unterzeichner des Vorstosses vor der erstmaligen Behandlung im Gemeinderat aus dem Rat ausgeschieden ist.

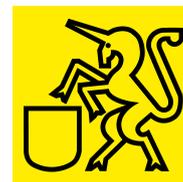
Die beiden Postulate sind an der letzten Bürositzung formell geprüft und für gültig befunden worden. Sie sind für die heutige Sitzung traktandiert.

## Fraktionserklärungen

### Flavia Sutter (Grüne)

"Heute ist ein spezieller Abend. Es sind ganz viele Leute hier im Saal, die demonstrieren. Wir konnten es auf den Plakaten lesen und haben es draussen vor den Türen auch gehört: Das Personal unserer Stadtverwaltung ist nicht zufrieden. Sie verlangen den vollen Teuerungsausgleich ab 1. Juli 2023, leistungsunabhängig für alle Mitarbeitenden. Der Stadtrat hat nach der Petition, die die Angestellten lancierten, zwar Zugeständnisse gemacht, das reicht den Angestellten aber nicht. Laut dem VPOD, dem Verband des Personals öffentlicher Dienste, haben 150 von 162 Zürcher Gemeinden ihren Angestellten den Teuerungsausgleich gewährt. Dübendorf gehört offenbar zu den 12 Gemeinden, die es nicht für nötig halten, die Löhne anzupassen, wenn die Preise der Konsumgüter steigen. Immer wieder hören wir von überarbeitetem Personal auf unserer Verwaltung. Ein Schalter musste geschlossen werden, Projekte werden verschoben. Zu viel Arbeit, zu wenig Personal. Die Finanzverwaltung weist aber jedes Jahr Rekordüberschüsse in Millionenhöhe aus. Dass beim Personal in dieser Situation Ärger aufkommt, ist sehr gut nachvollziehbar. Wenn wir die Angestellten nicht fair entlohnen, werden sie gehen und sich in einer anderen Gemeinde einen Job suchen. Und das können wir uns nicht leisten. Dübendorf braucht seine - zum Teil langjährigen - Leute mit viel Know-how auf der Verwaltung. Dass so viele Leute heute Abend zu uns an die Sitzung gekommen sind, muss uns zu denken geben. Wir Grüne fordern den vollen Teuerungsausgleich von 3,5 % rückwirkend auf den 1. Juli 2023 für unser Verwaltungspersonal."

\*\*\*Applaus aus dem Publikum.\*\*\*



Der Ratspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) macht das Publikum darauf aufmerksam, dass die Sitzung nicht gestört werden darf und auf Beifall gemäss der Geschäftsordnung des Gemeinderates zu verzichten ist.

## Leandra Columberg (SP)

"Im Namen der SP-Fraktion möchte ich unsere Unterstützung für die Forderungen des Personals äussern. Wir haben es vorhin auch nochmals gehört, wir konnten es auf den verteilten Flugblättern lesen: Im Mai 2023 ist die Petition mit den Forderungen des Personals an den Stadtrat überreicht worden. Diese Petition war auch an uns adressiert. Rund 70 % der Mitarbeitenden der Stadt haben unterschrieben. Dann ging seitens Stadtrat zumindest lange nichts. Und die Lösungen, wenn man dies überhaupt so nennen kann, die dann angeboten wurden, sind ehrlich gesagt beschämend. Obwohl wir – wir haben auch das bereits gehört – unbesetzte Stellen haben und obwohl das Personal überlastet ist und die Stadt Dübendorf währenddessen Überschüsse schreibt und die Steuern senkt, sieht der Stadtrat anscheinend keinen Handlungsbedarf. In der letzten Budgetdebatte, in der wir den Antrag gestellt haben, dass wie – wir haben es gehört – die absolute Mehrheit aller Gemeinden im Kanton Zürich der volle Teuerungsausgleich gewährt wird, wurde uns vom Stadtrat gesagt, dass das Personal eben mit dem Dübendorfer Modell besser fahre als das Kantonspersonal und dass es bei uns nicht Sinn machen würde, es gleich zu machen wie alle anderen Gemeinden. Ein Teuerungsausgleich ist keine Lohnerhöhung, sie gewährleistet schlicht, dass die Kaufkraft erhalten bleibt. Es sind zwei völlig verschiedenen Komponenten. Die sollen nicht vermischt werden. Wir wissen, das macht aber der Mechanismus des Stadtrates zur Lohnquoten-Entwicklung. Und es ist auch klar geäussert worden, falls jemals irgendwelche Zweifel bestanden haben, jetzt haben wir es gehört, gesehen und wiederholt mitgeteilt bekommen vom Personal, das Dübendorfer Sondermodell funktioniert nicht. Es ist intransparent und es ist ungerecht.

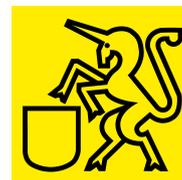
Auch wir fordern also, dass der bedingungslose Teuerungsausgleich von 3.5 % rückwirkend für alle Mitarbeitenden ausbezahlt wird, weil sonst müssen wir uns nicht wundern, wenn uns die guten, engagierten Leute in der Verwaltung weglauen. Fast alle anderen Gemeinden können dies auch. Ich habe es an der letzten Gemeinderatssitzung bereits gesagt: Wertschätzung bedeutet Taten statt nur Worte. Wir sind enttäuscht vom Stadtrat, aber möchten an dieser Stelle auch betonen, dass auch wir als Gemeinderatsmitglieder es in der Hand haben, zuzuhören und mit dem Personal zu reden und die Forderungen nach eine Teuerungsausgleich, der angemessen ist und rückwirkend ausgezahlt wird, und einer längerfristigen Anpassung an das Teuerungssystem des Kantons. Wir haben es in der Hand, dafür zu sorgen, dass das Personal mehr Mitspracherechte erhält und dass mehr Transparenz da ist. Und dies wird die SP auch machen. Wir werden dies im Hinblick auf die Revision der Anstellungs- und Besoldungsverordnung und der Budgetdebatte im Auge behalten und die Forderungen und die Anliegen des Personals berücksichtigen. Und ich bitte euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, uns dies gleichzutun."

\*\*\*Erneuter Applaus aus dem Publikum\*\*\*

Der Ratspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) macht nochmals darauf aufmerksam, auf Störungen der Sitzung zu verzichten, da er das Publikum sonst des Saals verweisen müsse.

## Stefan Angliker (FDP)

"Die Stadt Dübendorf ist für die Erfüllung ihrer Aufgaben auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Um gerade in Zeiten des Fachkräftemangels sicherzustellen, dass die Stadt eine attraktive Arbeitgeberin bleibt, sind dem städtischen Personal optimale Arbeitsbedingungen zu bieten. Dazu gehören aber aus Sicht der FDP nicht nur die Entlohnung, sondern auch die Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung und ein gutes Arbeitsklima. Die Petition vom 24. Mai 2023 stellt nun primär monetäre Forderungen. Die FDP nimmt diese zur Kenntnis. Aus unserer Sicht gehören allerdings zuerst die relevanten Fakten auf den Tisch, um die Angemessenheit der städtischen Löhne beurteilen zu



können. Die FDP wird dazu einen entsprechenden Vorstoss einreichen. Gleichzeitig erwarten wir, dass der Dialog, der mit dem Stadtrat angefangen wurde, weitergeführt wird. Ein konfrontativer Weg, wie wir ihn heute vor der Sitzung sahen und wie er aus unserer Sicht massgeblich von den Gewerkschaften getrieben wird, sieht die FDP als den falschen Weg an."

## **Persönliche Erklärungen**

Es wurden keine persönlichen Erklärungen angekündigt.

## **2. Protokollgenehmigung der 11. Sitzung vom 3. Juli 2023**

Zum Protokoll der 11. Gemeinderatssitzung vom 3. Juli 2023 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung als genehmigt.

## **3. Siedlungsentwässerungsverordnung (SEVO) / Genehmigung GR Geschäft Nr. 10/2023**

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) erklärt den Verhandlungsablauf und das Abstimmungsverfahren:

"In der Eintretensdebatte wird zuerst das Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Sofern kein Antrag auf Nicht-Eintreten gestellt wird, wird das Eintreten als beschlossen erachtet. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Die Detailberatung endet mit der Schlussabstimmung. Nachher werden wir noch den Änderungsantrag der GRPK zum Beschlussdispositiv behandeln."

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

### **Eintretensdebatte**

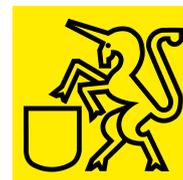
Thomas Maier (glp/GEU), Sprecher der GRPK

"Sehr gerne stelle ich Ihnen als Sprecher der GRPK das vorliegende Geschäft zur Genehmigung der Siedlungsentwässerungsverordnung vor. Ich habe mein Votum in folgende Teile gegliedert und werde im jeweiligen Abschnitt der Beratungen auf die entsprechenden Fragestellungen eingehen:

1. Eine kurze Vorstellung des Geschäftes, den getroffenen Abklärungen Ihrer GRPK und dem Antrag Ihrer GRPK.
2. Im Rahmen der Detailberatung die Vorstellung eines kleinen Änderungsantrages
3. Vor der Schlussabstimmung einen Änderungsantrag zum Beschlussdispositiv

*Um was geht es im vorliegenden Geschäft? Was ist überhaupt eine Siedlungsentwässerungsverordnung?*

Die Siedlungsentwässerungsverordnung (SEVO) regelt die Abwasserentsorgung und deren Finanzierung auf dem ganzen Gemeindegebiet. Sie legt die Rechte, Pflichten und Zuständigkeiten der Gemeinde und der Nutzer von Abwasseranlagen fest. Die heute gültige Regelung umfasst drei separate Dokumente zu Wasseranlagen (1992), einen technischen Anhang (1994) und die Verordnung über die Abwassergebühren (1991 - letzte Änderung 2005). Diese Regelungen sind veraltet und decken die heute erforderten Ansprüche nicht mehr vollständig ab. Daher hat die Stadt eine Totalrevision dieser Verordnung durchgeführt, für deren Genehmigung wir als Gemeinderat zuständig sind. Selbstverständlich existieren in diesem Umfeld diverse übergeordnete, gesetzliche Grundlagen, an die wir uns halten müssen: Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz, Gewässerschutzgesetz, Kantonale Verordnung über den Gewässerschutz, Wegleitung der Vorlage zur Siedlungsentwässerungsverordnung sowie zur Muster-Siedlungsentwässerungsverordnung und Muster-Ausführungsbestimmungen zur Siedlungsentwässerungsverordnung.



Mit diesem Antrag, resp. unserem Beschluss, wird die Siedlungsentwässerungsverordnung in eine zeitgemässe SEVO inkl. Ausführungsbestimmungen überführt – gemäss den neusten Mustervorgaben des Amts für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL). Die drei veralteten Dokumente werden durch zwei neue ersetzt:

- Siedlungsentwässerungsverordnung (SEVO) (wird durch den Gemeinderat erlassen)
- Ausführungsbestimmungen zur Siedlungsentwässerungsverordnung (SEVO) (wird durch den Stadtrat erlassen)

### *Was sind die wesentlichen Inhalte?*

Die bestehende Abwassergebührenverordnung wurde zweckdienlich übernommen. Die Finanzierung der öffentlichen Siedlungsentwässerung resp. die Berechnungsmethodik wurde nicht verändert. Des Weiteren floss die Organisation der Liegenschaftsentwässerung von 2021 neu mit ein. Eine Teilfinanzierung des Gewässerunterhalts durch die Abwassergebühren und die Förderung von Gewässerschutzmassnahmen durch Private ist neu möglich.

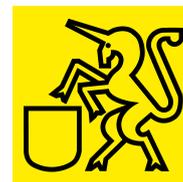
### *Was hat Ihre GRPK abgeklärt und zu welchem Schluss kam sie?*

Wie Sie bereits an der Kürze der Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte entnehmen können, erwartet Sie jetzt nicht das grosse "Spektakel" – trotzdem ist diese Verordnung natürlich für ein funktionierendes Abwassersystem in Dübendorf absolut zentral. Wir betreiben und stellen hier eine Infrastruktur zur Verfügung, die für uns alle absolut wichtig, aber leider meist völlig unsichtbar ist im Alltag. Sichtbar wird sie immer unmittelbar dann, wenn sie eben nicht funktioniert. Weiter ist im Zuge des Klimawandels und der zunehmenden ausserordentlichen Wetterereignisse, wie beispielsweise lange Perioden von Trockenheit oder Starkregen natürlich immer auch wichtiger, dass möglichst viel Wasser in unseren Böden versickert und zurückgehalten werden kann, so wie das natürlicherweise ebenfalls erfolgen würde. Dies mindert grosse kurzfristige Abflüsse und hilft bei längeren Trockenphasen. Alle Fragen konnten zur Zufriedenheit der GRPK beantwortet werden. So konnte der Stadtrat beispielsweise schlüssig darlegen, wieso er am Begriff "Entwässerung" festhalten und nicht der vom AWEL vorgeschlagenen Formulierung "Abwasser" Folge leisten will. Kurz zusammen gefasst ist der Begriff "Entwässerung" umfassender, was der allgemeinen Stossrichtung der SEVO entspricht.

Weiter wollte die GRPK wissen, was der Stadtrat unternimmt, um langfristig a) mehr Regenwasser im Boden speichern und zurückhalten zu können und b) den zunehmenden Überschwemmungen von Untergeschossen entgegenwirken zu können. Ein Stichwort ist hier zum Beispiel "Schwammstadt", so wie es viele andere Gemeinden umsetzen. Der Stadtrat konnte darlegen, dass diese Anliegen aufgenommen sind und beispielsweise die von der UK erwähnte Richtlinie und Praxishilfe zum Umgang mit Regenwasser verbindlicher Bestandteil der SEVO ist. Überschwemmungen von Untergeschossen sind heute zudem kaum mehr durch Rückstaus aus der Kanalisation verursacht und stellen kein Problem mehr dar. Die gültigen Normen und Richtlinien werden angewandt. An der heute gültigen Bemessungsgrundlage möchte der Stadtrat festhalten, da sich die Praxis mit einer einheitlichen Grundlage verursachergerecht bewährt hat und zudem derjenigen der Wasserversorgung entspricht.

### *Fazit*

Die neue Siedlungsentwässerungsverordnung (SEVO) ist klar strukturiert, einfach verständlich und klar in den geltenden Vorgaben. Alles ist in einem Dokument festgehalten und entspricht einer modernen Verordnung basierend auf den Mustervorgaben des Kantons. Betreffend dem Thema Schwammstadt (Versickerung, Verdunstung und Kühlung) kann unsere Stadt sicherlich noch mehr unternehmen und es besteht hier nach Meinung der GRPK mehr Potential für Dübendorf. Aktuell laufen im Kanton und verschiedenen Gemeinden Pilotprojekte in definierten Gebieten. Die Stadt kann nach Abschluss dieser Projekte sicherlich noch einmal anschauen, welche Erfahrungen sich positiv auf Dübendorf übertragen liessen. In der aktuellen SEVO drängen sich hier jetzt noch keine Anpassungen auf. Einige Themen werden in den Massnahmen zum Klimaschutz aufgenommen.



Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig die Genehmigung der SEVO - mit zwei Anpassungen, zu denen ich mich später noch kurz äussere."

Der Stadtrat verzichtet auf eine Stellungnahme zum Eintreten. Eine Diskussion wird dazu auch nicht verlangt. Das Eintreten ist somit beschlossen.

## Detailberatung

Es liegt von der GRPK ausschliesslich zu Art. 24 Ziff. 6.3 ein Änderungsantrag vor. Um die Sitzung effizient abzuhalten, schlägt der Ratspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) vor, dass nicht jeder Artikel einzeln aufgerufen wird. Er wird nur die Frage stellen, ob es zu einer Bestimmung in der Verordnung vor dem Änderungsantrag der GRPK zu Art. 24 einen Änderungsantrag aus dem Rat gibt. Und dann nach der Behandlung des GPRK-Änderungsantrages noch, ob es weitere Änderungsanträge ab Art. 24 gibt. Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

Zu den Artikeln 1 bis 24 Ziffer 6.2 werden keine Änderungsanträge gestellt.

### Thomas Maier (glp/GEU), Sprecher der GRPK

"Die aktuelle Formulierung SEVO Art. 24, Ziff.. 6.3 lautet:

*"Für die Messungen werden ausschliesslich die durch die beiden Wasserversorgungsgenossenschaften eingebauten und unterhaltenen Wasserzähler anerkannt. Die Meldung der Messresultate erfolgt jährlich durch Selbstdeklaration bei der Abteilung Tiefbau der Stadt Dübendorf."*

Änderungsantrag der UK basierend auf dem Input des Ressortvorstehers:

Der zweite Satz wird ersetzt, so dass Ziff. 6.3 neu wie folgt lautet:

*"Für die Messungen werden ausschliesslich die durch die beiden Wasserversorgungsgenossenschaften eingebauten und unterhaltenen Wasserzähler anerkannt. Das Ablesen erfolgt jährlich durch die beiden Wasserversorgungsgenossenschaften zu Lasten des Eigentümers."*

Im Laufe der Beratungen kamen vom Stadtschreiber und dem zuständigen Ressortvorsteher zwei Änderungswünsche einerseits zum Beschlussdispositiv, wo sich ein kleiner Fehler eingeschlichen hat, wie auch zur Meldung der Messresultate, welche wie bisher über die Wasserversorgung laufen soll. Mit Beidem ist die GRPK einverstanden und stellt entsprechende Anträge.

Beim ersten Antrag geht es auf Input des Tiefbaus noch darum Abläufe zu vereinfachen und v.a. zu vereinheitlichen. In diesem Abschnitt der SEVO geht es um sehr selten auftretende Ausnahmen, der konkrete Passus betrifft nur sehr wenige Fälle (Liegenschaften mit hohem Prozentsatz an Dachwasserversickerung). Dies fiel erst nach der Genehmigung im Stadtrat auf und der Einfachheit halber bringt nun Ihre GRPK den Antrag für den Tiefbau hier ein. Die GRPK empfiehlt einstimmig Zustimmung zum Änderungsantrag.

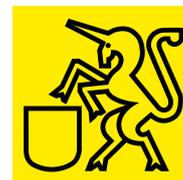
### Stellungnahme Stadtrat, Tiefbauvorstand Adrian Ineichen (FDP)

"Ich danke der GRPK für die gründliche Prüfung des Geschäfts und für die professionelle Zusammenarbeit. Wie schon erwähnt, hat die GRPK dies schon mit dem Stadtrat diskutiert und ich unterstütze diesen Änderungsantrag. Es geht um eine Vereinheitlichung der Auslesung der Wasserzähler. Diese werden heute von der WVD installiert und entsprechend macht es auch Sinn, wenn diese einheitlich ausgelesen werden."

## Diskussion

### Theo Johner (die Mitte/EVP)

"Die Formulierung im Änderungsantrag der GRPK lautet: *"Für die Messungen werden ausschliesslich die durch die beiden Wasserversorgungsgenossenschaften eingebauten und unterhaltenen Wasserzähler anerkannt. Das Ablesen erfolgt jährlich durch die beiden Wasserversorgungsgenossenschaften zu Lasten des Eigentümers."* Wir haben diskutiert, was das genau heisst. Gehe ich recht in der



Annahme – und das entspräche eigentlich dieser Formulierung – dass mit Eigentümer die Wasserversorgungsgesellschaft gemeint ist?"

#### Tiefbauvorstand Adrian Ineichen (FDP)

"Danke für die Frage. Um es zu differenzieren, müsste man das Wasserversorgungsreglement aufschlagen. Dort wird differenziert in zwei Kategorien: Es gibt einerseits "normale" Wasserzähler, die im Eigentum der WVD sind, und andererseits die sogenannten Produktwasserzähler im Eigentum des Kunden. Auch die zweiten werden von der WVD ausgelesen, aber auf Kosten des Kunden. Momentan reden wir in Art. 24 über die Bestimmungen zur Reduktion der Benutzungsgebühren und dort stellen wir auf die Produktwasserzähler. Das ist in Art. 24 Abs. 6 des Entwurfs der SEVO geregelt."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Abstimmungen**

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag der GRPK zu Art. 24 Abs. 6.3 des Entwurfs zur Siedlungsentwässerungsverordnung, wie oben erläutert, mit 35 zu 0 Stimmen an.

Zu den Artikeln 25 bis 33 der SEVO bestehen keine Änderungsanträge. Als nächstes findet die Schlussabstimmung statt, der zweite Änderungsantrag der GRPK zum Beschlussdispositiv wird erst anschliessend behandelt.

Der Gemeinderat genehmigt die neue Siedlungsentwässerungsverordnung (SEVO) mit der soeben beschlossenen Änderung in Art. 24 Abs. 6.3 mit 36 zu 0 Stimmen.

Es besteht noch ein Änderungsantrag der GRPK zur Ziffer 2 des Beschlussdispositivs des Stadtrates.

#### Thomas Maier (glp/GEU), Sprecher der GRPK

"Ich kann es ganz kurz machen: Ihr alle seht den Änderungsantrag der GRPK:

Änderungsantrag: Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

[Antrag Stadtrat: Die Verordnung wird mit der Erlangung der Rechtsgültigkeit in Kraft gesetzt.] Dieser erfolgt auf Anregung des Stadtschreibers. Es ist schlicht die Anpassung an die gewohnte Formulierung. Ein Abweichen von den üblichen Abläufen ist auch nach Ansicht des Stadtrates nicht sinnvoll. Hier hatte sich ein Fehler eingeschlichen, den wir hiermit korrigieren können. Auch hier empfiehlt die GRPK einstimmig Zustimmung zum Änderungsantrag."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Abstimmung**

Der Gemeinderat stimmt mit 37 zu 0 für die Anpassung der zweiten Beschlussziffer. Somit ist dieses Geschäft fertig behandelt.

#### **Beschluss**

Der Gemeinderat beschliesst

1. Die Siedlungsentwässerungsverordnung (SEVO) gemäss Antrag des Stadtrates vom 2. März 2023 wird unter Berücksichtigung der nachstehenden Änderung genehmigt:



## Art. 24 Ziff. 6.3

Für die Messungen werden ausschliesslich die durch die beiden Wasserversorgungsgenossenschaften eingebauten und unterhaltenen Wasserzähler anerkannt. Das Ablesen erfolgt jährlich durch die beiden Wasserversorgungsgenossenschaften zu Lasten des Eigentümers.

2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## 4. **Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland; Finanzierungsbeitrag Stadt Dübendorf 2024 – 2027 GR Geschäft Nr. 28/2023**

Andrea Brühlmann (glp/GEU), Sprecherin GRPK

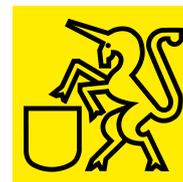
"Gerne stelle ich Ihnen als Sprecherin der GRPK das vorliegende Geschäft vor. Gemäss § 48 des Gemeindegesetzes hat der Kanton zusammen mit den Gemeinden für ein Netz von Suchtpräventionsstellen zu sorgen. Im Rahmen dieses gesetzlichen Auftrages stellt die regionale Suchtpräventionsstelle Zürich Oberland als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Prävention die Suchtprävention in der Region seit 1995 sicher. Im Jahr 2007 ist die Fachstelle für Gewaltprävention dazu gekommen. In den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Stadt Dübendorf mit einem Beitrag von Fr. 3 pro Einwohner / Einwohnerin an den Betriebskosten beteiligt. Wobei sich die Kosten zwischen der Sekundarschulpflege Dübendorf-Schwerzenbach und der Stadt Dübendorf aufgeteilt haben. In diesem Geschäft geht es um die Verlängerung dieses Beitrages für die Jahre 2024-2027.

*Was bietet der vdzo?*

Die Anlaufstelle für Sucht- und Gewaltprävention befindet sich in Uster. Viele Kontakte laufen auch über die entsprechende Webseite. Diese ist sehr informativ und einladend gestaltet und beantwortet schon online einige Fragen.

Nun möchte ich gerne einen Auszug über die Leistungen aufzeigen, die vom vdzo während der Jahre 2016 bis 2022 geleistet wurden.

- An zwei Zeitfenstern in der Woche wird eine Eltern-Infoline betrieben. Zu diesen Zeiten können Fragen zu Alkohol, Tabak- und Nikotinprodukten, Cannabis, Digitale Medien und vieles mehr gestellt werden.
- Dann gab es Kurse zur beruflichen Suchtprävention. Diese richten sich zum Beispiel an Mitarbeitende des RAV, an Berufsbildner, Institutionen und Betriebe.
- Weiter gab es Kurse, auch mit Schüler und Schülerinnen aus Dübendorf in «Life-Skills». Dabei ging es darum, dass Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten durch neu trainiertes Verhalten lernten, den Schulalltag positiv zu gestalten.
- Dann findet eine Gesprächsrunde mit den Namen «Femmes Tische Zürcher Oberland» statt. Dies ist ein Integrationsangebot für Frauen aus anderen Kulturen die in diesem Rahmen Gesprächsrunden zu Präventions-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungsthemen abhalten können.
- Dann werden Kurse zur Kurzintervention bei Cannabiskonsum durchgeführt.
- Oder es gibt Testkäufe, zum Beispiel von Alkohol, in Kooperation mit anderen Akteuren in Dübendorf.
- Ein weiterer Präventionspunkt ist das Experiment Nichtrauchen. Dabei werden in der Oberstufe Jugendliche gesucht, die sich in einem Klassenwettbewerb verpflichten, sechs Monate nicht zu rauchen oder andere Nikotinprodukte zu konsumieren. In dieser Zeit wird die Thematik intensiv im Unterricht besprochen. Diese Idee wird auch in der Lehre fortgeführt und es beteiligen sich einige Lehrbetriebe von Dübendorf an diesem Programm.



- Auch interessant ist die Aktionswoche Flimmerpause. Dabei geht es darum, eine Woche ohne Bildschirmmedien zu verbringen und dafür andere Aktivitäten zu machen.
- Dies ist nur ein kleiner Zusammenschritt der Aktivitäten und Leistungen. Es gäbe noch viele mehr.

Zu erwähnen ist auch, dass die Angebote immer wieder den neuen Situationen angepasste werden. Aktuell hat zum Beispiel die Gewaltbereitschaft von 12- und 13-jährigen zugenommen und der starke Anstieg der E-Zigaretten unter den Jugendlichen macht grosse Sorgen.

Kommen wir jetzt zu ein paar Zahlen: Gemessen an der Bevölkerung von Dübendorf Stand 31. Dezember 2022 macht der Beitrag total Fr. 92'807 aus. Die Sekundarschule Dübendorf-Schwerzenbach beteiligt sich mit gerundet 28% an den Kosten, was Fr. 25'807 ausmacht. Dieser Betrag wurde mit Beschluss vom 6. Juni 2023 schon zugesichert. Es verbleibt für die Stadt Dübendorf ein Finanzierungsbeitrag von Fr. 66'362. Gestützt auf den Artikel 18, Ziffer 4 der Gemeindeordnung liegt die Kompetenz für die Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Ausgaben in der Höhe von Fr. 66'362 beim Gemeinderat. Da sich die Bevölkerungszahl von Dübendorf verändert, wird sich dieser Betrag in den nächsten Jahren auch anpassen. Die Fr. pro Kopf und Jahr sollen wie folgt verteilt werden:

- Fr. 2.90 für die Finanzierung der Suchtpräventionsstelle Zürich Oberland
- Fr. 0.10 für die Finanzierung der Gewaltpräventionsstelle Züricher Oberland

Für die UK ist dieser Finanzierungsbeitrag gerechtfertigt. Die GRPK ist einstimmig für die Verlängerung des Finanzierungsbeitrages an den Verein Prävention- und Drogenfragen für die Jahre 2024 bis 2027.

Die GRPK beantragt Ihnen daher einstimmig der Verlängerung dieser Finanzierung zuzustimmen."

#### Stellungnahme Stadtrat, Stadtpräsident André Ingold (SVP)

"Der Stadtrat dankt der GRPK für die wohlwollende Prüfung des vorliegenden Antrags und bittet den Gemeinderat das Finanzierungsgesuch zu unterstützen."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

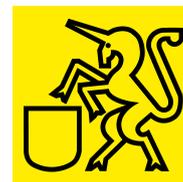
#### **Abstimmung**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag von GRPK und Stadtrat zur Ausrichtung eines Finanzierungsbeitrages an den Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland für die Jahre 2024-2027 gemäss dem vorliegenden Antrag mit 37 zu 0 Stimmen zu.

#### **Beschluss**

Der Gemeinderat beschliesst

1. Der Ausrichtung eines Finanzierungsbeitrages der Stadt Dübendorf an den Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland in der Höhe von Fr. 3.00 pro Einwohner/in für die Jahre 2024 bis 2027 wird zugestimmt.
2. Den Bruttokosten von Fr. 92'169.00 und Nettokosten von Fr. 66'362.00 für das Jahr 2024 wird zugestimmt.
3. Der jährliche Finanzierungsbeitrag für die Jahre 2025 bis 2027 wird sich aufgrund der zu erwartenden Bevölkerungszunahme entsprechend erhöhen.



4. Der benötigte jährliche Nettokredit wird bewilligt. Die Krediterteilung wird dabei auf die Jahre 2024 bis 2027 beschränkt.
5. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**5. Postulat Rafa Tajouri (FDP) und 18 Mitunterzeichnende «Massnahmen für eine rasche Realisierung der Glattalbahnerlängerung» / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 32/2023**

---

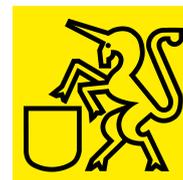
Erstunterzeichnender Rafa Tajouri (FDP)

"Der Innovationspark kommt, und es braucht Lösungen für die Herausforderungen für Dübendorf. Mit unserem Postulat möchten wir dem Stadtrat eine zusätzliche Legitimation geben, proaktiv und im Interesse der Standortgemeinde auf den gesamten Planungsprozess bei Bund und Kanton einzuwirken.

Der Entscheid des Bundesgerichts, den Gestaltungsplan des Innovationsparks zu stützen, kam wohl für die meisten überraschend. So willkommen dieser Entscheid auch war, hat dies enorme Konsequenzen für die Infrastrukturplanung. Der Innovationspark kann nun um Jahre früher lanciert werden, weshalb die ursprüngliche Planung, den ÖV schrittweise mit Bussen aufzubauen und die Glattalbahn in den Jahren 2035 bis 2040 zu realisieren, heute bereits wieder überholt ist. Dies ist – ich möchte dies explizit festhalten – keine Kritik an der Planung. Diese Vorgehensweise war sinnvoll aufgrund der zu erwartenden weiteren jahrelangen Verzögerungen. Aber um den Ökonomen John Maynard Keynes zu paraphrasieren: Wenn die Fakten ändern, sollte auch die Planung angepasst werden. Planungsprozesse der öffentlichen Verwaltung unterliegen keinen naturgesetzlichen Mechanismen und sollten auch nicht als sakrosankt angesehen werden. Wenn eine Planung überholt ist, sollte darauf hingewiesen werden. Angesichts eines bestehenden Planungsprozesses den Kopf in den Sand zu stecken, ist der falsche Weg. Wer glaubt, dass man mit konsequentem politischem Einsatz nicht auch einen bestehenden oder festgefahrenen Planungs-Prozess ändern kann, der wird nichts erreichen. Oder er will im Falle des Innovationsparks das Gegenteil erreichen, nämlich diesen verhindern.

Bei aller Begeisterung und Entwicklungspotential des Innovationsparks für Dübendorf dürfen wir nicht die Augen davor verschliessen, dass der Innovationspark mehr Verkehr generieren wird, weshalb eine bedarfsgerechte, vorausschauende Planung und Realisierung der Verkehrsinfrastruktur von herausragender Bedeutung ist. Infrastrukturprojekte sollten nicht erst dann geplant beziehungsweise gebaut werden, wenn die bestehende Infrastruktur vor dem Kollaps steht. Dabei geht es nicht nur um die Glattalbahn sondern um den Verkehrsknotenpunkt rund um den Bahnhof Dübendorf insgesamt.

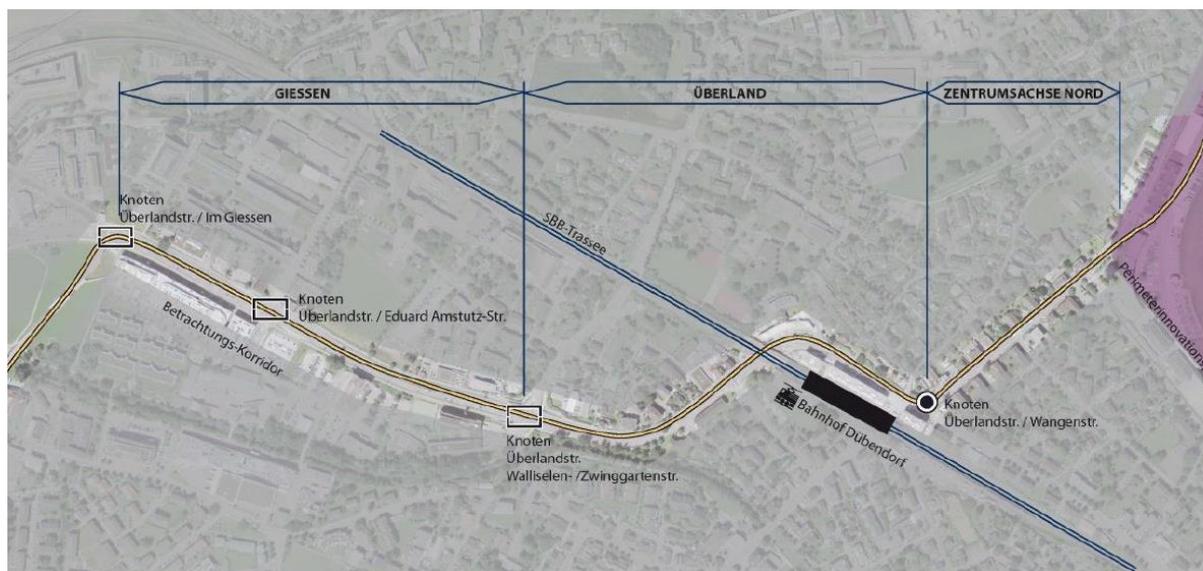
Wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass Kanton und Bund alle notwendigen, gesamtheitlichen Überlegungen und Planungen in unserem Interesse anstellen. Die Stadt Dübendorf hat die beste Übersicht vor Ort und es ist wichtig, dass wir versuchen, unsere Anliegen und Bedürfnisse aber auch die Kenntnisse der lokalen Verhältnisse konstruktiv einzubringen. Es ist mir bewusst, dass nicht die Stadt Dübendorf verantwortlich für Planung und Bau der Glattalbahn ist. Da es sich beim Innovationspark um ein Projekt mit grossem Potential und entsprechenden Dimensionen handelt, ist es aber angezeigt, dass die Stadt Dübendorf einen kontinuierlichen strategischen Dialog sucht mit Kanton und auch Bund, um die eigenen Interessen zu vertreten. Dies ist letztlich das Hauptziel des Postulats. Vielleicht rennt man damit offene Türen ein und ein mögliches Vorziehen wurde bereits angedacht, aber wir können dies nicht als selbstverständlich ansehen. Zwar gibt es keine Erfolgsgarantie für einen solchen Dialog, aber aufgrund der Wichtigkeit des Innovationsparks für die Stadtentwicklung sollte versucht werden, unsere Sichtweise und Anliegen einzubringen."



## Stellungnahme Stadtrat Dominic Müller (die Mitte), Hochbauvorstand

"Stadtrat und Verwaltung setzen sich engagiert und mit allen Möglichkeiten für eine aktive Entwicklung unserer Stadt ein. Es geht um eine Entwicklung, die langfristig Lebensqualität bringt und uns zu einem attraktiven Ort macht, wo man gerne lebt und arbeitet. Dazu gehört ganz besonders auch, dass wir uns dafür einsetzen, dass aus unserem Flugplatz ein Quartier wird, das funktioniert - nein mehr noch - ein Quartier, das Teil unserer Stadt wird und sich auf möglichst vielen Ebenen mit dem Rest der Stadt verwebt und vernetzt, wie es unser Räumliches Entwicklungskonzept vorsieht. Dazu gehört ganz besonders auch die Einbindung auf Ebene des öffentlichen Verkehrs. Die Verlängerung der Glattalbahn ist auf Ebene der Infrastruktur ein Schlüsselprojekt dazu, es wird die Vernetzung sicht- und greifbar machen, wenn ein Tram durch unsere Strassen fahren wird. Und die Wichtigkeit des Projekts reicht weit über den Innovationspark hinaus, es verbindet ihn nämlich mit dem Empa-Campus, so entsteht eine Art Innovationsmeile in unserer Stadt.

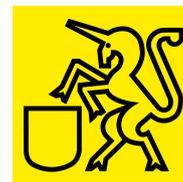
Und dann weitergeführt zum Zentrumsgebiet Hochbord und dem Bahnhof Stettbach, wird es zu einer Achse für Dübendorf Nord. Nördlich von Bahnhof und von der Glatt, entlang der Wangenstrasse und der Überlandstrasse wird so eine neue städtische Achse sichtbar. Es hat dort nämlich je länger je mehr nichts mehr wirklich mit dem aktuellen Namen der Strasse zu tun, es ist nicht mehr "Überland", sondern immer mehr Stadtquartier.



Das eingblendete Bild ist aus der Vorstudie Integration Glattalbahn Plus aus 2015 des damaligen Amts für Verkehr. Es illustriert diese Rolle und das Potenzial sehr greifbar.

Ihr spürt, der Stadtrat hat wie die Unterstützerinnen und Unterstützer des Postulats viel Herzblut in dieser Sache. Wir teilen die Einschätzung. Dieses Projekt ist zentral für die Entwicklung unserer Stadt. Und entsprechend setzen sich Stadtrat und Verwaltung seit langem aus Überzeugung und nach Kräften bei jeder Gelegenheit auf allen Ebenen in passender Form dafür ein, dass das Projekt auch kommt. Wir verfassen im passenden Zeitpunkt ein Schreiben an den Regierungsrat. Wir suchen den formellen und informellen Austausch, suchen die Zusammenarbeit und fördern und unterstützen die notwendigen Planungen vor allem auch, dass das Zusammenspiel mit dem Stadtraum funktioniert.

Aber das Projekt liegt nicht direkt in unserer Hand. Es sind andere Gremien und Ebenen in der Verantwortung, kantonale und nationale. Die braucht es im Zusammenspiel, dass das Projekt dann auch



kommt und möglichst zeitnah. ZVV, Verkehrsrat und nationale Agglomerationsprogramme sind die Organisationen und Mechanismen. Unsere Mitwirkung und Einflussnahme ist indirekt. Dazu kann man keinen Masterplan schreiben und es hilft nicht, wenn wir einen detaillierten öffentlichen Rapport machen.

Wir sind sonst schon gefordert mit dem Wachstum unserer Stadt. Wir müssen mit unseren Ressourcen haushälterisch umgehen, da bindet ein zusätzliches Rapportschreiben unnötig Energie, die wir besser direkt darin investieren, dass die Glattalbahnerverlängerung auch kommt und ihre zentrale Rolle als Innovationsachse und Rückgrat von Dübendorf Nord wahrnehmen kann. In diesem Sinn empfiehlt der Stadtrat das vorliegende Postulat abzulehnen, damit wir uns auf Arbeiten statt Rapportieren konzentrieren können, wir sind nämlich schon lange engagiert daran."

## Diskussion

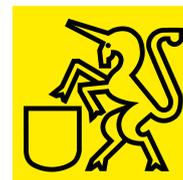
Thomas Maier (glp/GEU)

"Gerne nehme ich im Namen unserer Fraktion kurz Stellung zum vorliegenden Postulat. Wie Sie vielleicht gesehen haben, haben einige von uns das Postulat mitunterzeichnet und wir haben selbstverständlich Dominics Worte mit Freuden gehört. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Wir waren schon immer für die bereits erwähnte und detailliert geschilderte Verlängerung der Glattalbahn zum Innovationspark. Die Entwicklungen in unserer Stadt nehmen nicht nur weiter Fahrt auf, sondern auch sind schon extrem weit fortgeschritten, wenn sie beispielsweise ans Hochbord denken und an das ganze Gebiet, durch das diese Bahn einmal fahren wird. Es startet im Hochbord vorbei an der EMPA/EAWAG zum Bahnhof Dübendorf und dann zum Innovationspark. Sie kann quasi ein zentraler Teil dieser Lebensader werden, zu den Synergienutzungen, die wir seit Jahrzehnten am Standort herausstreichen zwischen EMPA, Innovationspark und unserer Stadt. Gerade das letzte Wort möchte ich – wie so oft an dieser Stelle – nochmals herausstreichen: Stadt mit Ausrufezeichen. Wir heissen zwar Dübendorf, sind aber schon lange kein Dorf mehr und müssen auch endlich anfangen konsequent in städtischen Räumen zu denken, so wie es sich für eine Stadt mit 30'000 Einwohner eben schlicht gehört und notwendig ist. Das betrifft beispielsweise den Raum von der Überlandstrasse, in deren Verlängerung die Glattalbahn konkret verlaufen wird, oder das ganze Areal unseres Bahnhofs. Damit meine ich den Bahnhof Dübendorf und nicht jenen in Stettbach. Wie sie wissen fordern wir dort auch schon seit Jahrzehnten endlich eine ÖV-Umsteigeplattform mit Busbahnhof, der einer Stadt wie Dübendorf würdig ist und die "Provinzhaltestelle" endlich in die Geschichtsbücher verbannt.

Zurück zum Postulat: Es ist klar, dass dieser Vorstoss bei uns an sich auf offene Türen trifft und wir ihn unterstützen werden. Wir möchten den Postulanten, vor allem aber auch dem Stadtrat, in Anschluss an Dominics Votum bei der anstehenden Beantwortung noch zwei aus unserer Sicht wichtige Sache mitgeben:

1. Die Stadt soll endlich vorwärts machen und möglichst intensiv das machen, das in ihrem Wirkungskreis möglich ist. Wir müssen allerdings anerkennen, dass für viele Teile dieser Planung eben nicht die Stadt selbst im Lead ist, sondern beispielsweise der Kanton und viele andere Stakeholder (SBB, VBG usw.) involviert werden müssen. Uns ist wichtig: Bitte investieren Sie die Ressourcen ins Projekt und nicht in die Beantwortung des Postulats. Diese können Sie aus unserer Sicht auch schlank und pragmatisch kurz halten und lieber beim Projekt vorwärts machen.
2. Betreffend der Forderung nach einer Prüfung einer Tunnellösung möchten wir aus unserer Sicht nochmals den gleichen Aspekt betonen: Tunnels sind, das wissen wir alle, a priori schon sehr teuer. Tunnelportale in einer gewachsenen Siedlungsstruktur zu platzieren, ist wahrscheinlich eine Kunst, die niemand wirklich gut kann. Also bitte auch hier: Keine teuren langwierigen Projektstudien in Auftrag geben, sondern möglichst einfach eine Abschätzung vornehmen, ob die Idee überhaupt weiterverfolgt werden kann oder nicht.

In diesem Sinne werden wir die Überweisung des Postulats unterstützen."

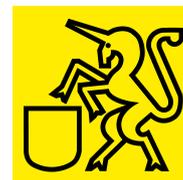


## Theo Johner (die Mitte/EVP)

"Der Innovationspark kann nur dann ein Erfolg werden, wenn er verkehrstechnisch gut erschlossen ist. Ein erfolgreicher Innovationspark wiederum bringt deutlichen Mehrverkehr, für welchen die notwendigen Kapazitäten rechtzeitig bereitstehen müssen, nicht zuletzt damit man Dübendorf auch weiterhin erreichen kann. Die Glattalbahn ist ein sehr wichtiges Element in der Erschliessung. Wir wissen aus der Vergangenheit des Innovationsparks auch, dass Rekurse und Prozesse Verzögerungen bedeuten können. Man muss das Problem also frühzeitig angehen. Der Stadtrat hat uns versichert – und wir glauben ihm das auch – dass er und die Verwaltung sich engagiert für den Innovationspark einsetzen. Er hat auch zurecht darauf hingewiesen, dass viele Entscheide ausserhalb von Dübendorf getroffen werden. Was wir nicht verstehen: Warum soll es dann zu viel sein, wenn der Gemeinderat einmal jährlich informiert werden soll, über die Entscheide, die ausserhalb von Dübendorf getroffen wurden, die uns ganz direkt betreffen. Wir werden das Postulat unterstützen und hoffe, dass wir in diesem Bericht eben erfahren, was an diesen Verhandlungen, an denen wir nicht dabei sind, so läuft."

## Orlando Wyss (SVP)

"Das von 19 Gemeinderatsmitgliedern eingereichte Postulat verlangt vom Stadtrat, dass er sich für eine raschestmögliche Realisierung der Glattalbahnverlängerung vom Giessen bis zum Innovationspark Dübendorf einsetzt. Und das mit einem jährlichen Bittstellgang zum Regierungsrat mit einem Apell drei Jahre lang an Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh und später dann an ihre Nachfolgerin oder Nachfolger. Auch soll der Stadtrat sich dafür einsetzen, dass die Machbarkeit einer unterirdischen Streckenführung beim Bahnhof Dübendorf geprüft wird, was auch eine unterirdische Haltestelle erfordern würde. Jedes Jahr soll der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht darüber ablegen. Da ich das Vergnügen hatte, das Projekt Innovationspark im Kantonsrat hautnah mitverfolgen zu können, weiss ich wie die ÖV-Erschliessung für den Innovationspark geplant und auch ausgeführt wird. In meinen acht Jahren in der Kommission Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) von 2011 bis 2019 behandelten wir die Festsetzung des Richtplaneintrages, welcher 2015 beschlossen wurde und auch den Fr. 217,6 Mio. Kredit. Dieser wurde 2019 von uns zwar fertig beraten, aber wegen des Verwaltungsgerichtsentscheids über die Nichtigkeit des kantonalen Gestaltungsplans sistiert und abgesetzt. Im Jahr 2022 war ich Mitglied der Spezialkommission Innovationspark Zürich. Bei allen diesen Beratungen war die ÖV-Erschliessung des Innovationsparks durch den Busbetrieb klar geregelt und auch nicht umstritten. Das Areal wird mit den bestehenden Buslinien 756 und 759 erschlossen. Der definitive Entscheid, ob die Glattalbahnverlängerung in Angriff genommen wird, fällt dann, wenn klar ist, dass die erste Etappe des Innovationspark-Ausbaus erfolgreich ist. Der Zeithorizont für die Einführung dieser Glattalbahn-Verlängerung ist 2035 bis 2040. Das wird so sein, auch wenn der Dübendorfer Gemeinderat jedes Jahr ein Postulat beschliesst. Die Unterzeichner des Postulats scheinen keine Ahnung zu haben, wie ein solcher Projektierungs-, Planungs- und Umsetzungsprozess abläuft. Das mache ich dem Erstunterzeichner nicht zum Vorwurf, da er erst ein Jahr im Gemeinderat ist und sich sehr wahrscheinlich noch nie mit solchen Geschäften auseinandergesetzt hat. Aber als ich gesehen habe, dass das Postulat von einem ehemaligen Kantons- und Nationalrat unterschrieben worden ist, hat mich das doch sehr verwundert. Hätte man den 200 Seiten-Bericht «Flight Plan» gelesen, welcher die Grundlage der Beratungen in der Spezialkommission IPZ war, hätte man das Vorgehen verstanden. Dort ist in der ersten Phase auf Seite 28 und 29 die Erschliessung mit Bussen beschrieben und wird bei der weiteren Planung auf Seite 87 auf das Agglomerationsprogramm Kanton Zürich der 4. Generation hingewiesen. Hätte man dieses Agglomerationsprogramm konsultiert, wären jedem die Augen aufgegangen und die Sinnlosigkeit dieses Postulats wäre jedem bewusst worden. Das Agglomerationsprogramm besteht aus vier Kapiteln. Limmattal, Stadt Zürich-Glattal, Zürcher Oberland und Winterthur und Umgebung. Im Kapitel Stadt Zürich-Glattal, welches uns betrifft, Bereich Öffentlicher Verkehr, sind 26 Projekte aufgeführt. Die beiden Teilgebiete der Glattalbahn-Verlängerung Giessen bis Bahnhof Dietlikon sind als Nummern ÖV22 und ÖV23 aufgeführt und haben die Priorität C. Das Agglomerationsprogramm ist darum so wichtig, weil der Kanton Zürich das dem Bund vorlegt und darauf hofft, dass dieser einen beachtlichen Teil der Kosten übernimmt. Es gibt



nur im Agglomerationsprogramm Stadt Zürich-Glattal der 4. Generation insgesamt 117 Massnahmen mit Prioritäten A und B, die der Kanton dem Bund eingereicht hat. Die Gesamtkosten dieser 117 Massnahmen betragen Fr. 1'433 Mio. Alle diese Projekte brauchen Kreditbeschlüsse und oftmals Volksabstimmungen. Dass eine Glattalbahn-Verlängerung mit Priorität C und Kosten von dreistelligen Millionenbeträgen demzufolge für eine Einreichung und Mitfinanzierung vom Bund nicht in Frage kommt, sollte eigentlich jedem einleuchten. Zumal die Volkswirtschaftsdirektion zu verstehen gegeben hat, dass die Erschliessung mit der Busverbindung, die eine Erschliessungsgüteklasse B hat, genau so leistungsfähig sei wie mit der Glattalbahn. Auch die Forderung nach der unterirdischen Linienführung ist weltfremd. Da dies im Kanton Zürich nicht das erste ÖV-Projekt in dieser Grössenordnung ist, kann man den kantonalen Planern durchaus zutrauen, dass sie wissen, wie man an ein solches Projekt herangeht. Dazu gehört auch, dass diese Planer selbstverständlich mit den Behörden vor Ort das Gespräch suchen und das Projekt besprochen wird. Auch für das braucht es dieses Postulat nicht. Eine unterirdische Linienführung und zwangsläufig auch unterirdische Haltestelle wird eine Frage der technischen und finanziellen Machbarkeit sein. Das zu besprechen hat man beim Beginn der Planungen noch genügend Zeit.

Nicht zu wissen, wie die Vorgehensweise bei einem solchen politischen Prozess ablaufen ist nicht schlimm und kann manchen passieren. Doch wenn man Ahnungslosigkeit in einen politischen Vorstoss packt und den dann noch dem Stadtrat überweist, wird es peinlich. Ich hoffe eigentlich, dass wir unserem Stadtrat diesen peinlichen Gang ersparen können. Denn etwas müssen wir zur Kenntnis nehmen: Die Mehrzahl unseres Gemeinderates ist nahezu euphorisch in Sachen Innovationspark und Glattalbahn. Wenn sogar der noch euphorischere Stadtrat das Postulat ablehnt, mit dem er die Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh überzeugen soll, die nochmals euphorischer ist als unser Stadtrat, kann man ersehen, dass dieser Vorstoss zu nichts taugt. Er ist für die Galerie und ein Bürokratiemonster. Der einzige Vorteil von diesem Vorstoss wäre es, dass der Stadtrat den Bericht an den Gemeinderat nur einmal verfassen müsste und ihn jedes Jahr wieder aus der Schublade nehmen könnte. Ich ersuche meine Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates unserem Stadtrat diese Peinlichkeit zu ersparen und das Postulat nicht zu überweisen."

## Flavia Sutter (Grüne)

"Die Verlängerung der Glattalbahn-Linie ist für uns Grüne ein wichtiges ÖV-Projekt. Die Bedenken sind auch bei uns gross, dass es durch den Verkehr vom und zum Innovationspark zu einer Überlastung der Strassen und der betroffenen Quartiere kommt. Im Synthese-Bericht der Gebietsentwicklung Flugplatz Dübendorf, dem sogenannten Flight Plan, können wir lesen: Der ZVV (Zürcher Verkehrsverbund) ist zuständig für die Verlängerung der Glattalbahn-Linie. Beteiligte Akteure sind der Kanton, die Gemeinden Dübendorf und Wangen-Brüttisellen, die Verkehrsbetriebe Glattal und die Arealentwicklungsgesellschaft. Der Zeithorizont ist – wie bereits gehört - mit dem Jahr 2035 angegeben. Weiter ist zu lesen, dass Busse zum Einsatz kommen sollen, bis der Bedarf für die Verlängerung ausgewiesen ist. Die Stadt Dübendorf ist also tatsächlich beteiligt an diesem Prozess. In unserer Fraktion haben wir uns schon gefragt, wie viel Einfluss der Stadtrat tatsächlich nehmen kann. Wir befürworten es aber, dass wir regelmässig vom Stadtrat über den Stand der Dinge informiert werden. Wir stimmen darum für die Überweisung des Postulats.

Einen Hinweis an den Stadtrat haben wir noch: Ob das Postulat überwiesen wird oder nicht, wichtig wäre aus unserer Sicht, dass beim Planen des Bushofes und aller weiteren Projekte in diesem Gebiet die Verlängerung der Glattalbahn miteinbezogen wird."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## **Abstimmung**

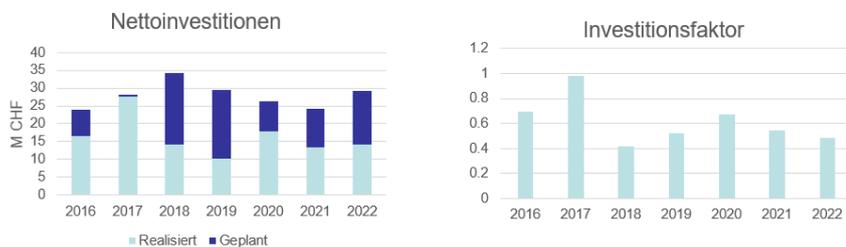
Der Gemeinderat beschliesst mit 25 zu 10 Stimmen, das Postulat Rafa Tajouri (FDP) und 18 Mitunterzeichnende «Massnahmen für eine rasche Realisierung der Glattalbahnverlängerung» an den Stadtrat zu überweisen.



## 6. Postulat André Csillaghy (SP) und 8 Mitunterzeichnende «Auflösung des Investitionsstaus» / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 33/2023

### Erstunterzeichnender André Csillaghy (SP)

"Ich habe ein paar Slides entworfen, um für etwas Abwechslung zu sorgen. Ich möchte die Motivation für das Investitionsstau-Postulat aufzeigen:



Es ist schon klar, dass das Budget oft nicht mit der Rechnung übereinstimmt. Wir sind in einer paradoxalen Situation, in der wir eigentlich viele Einnahmen haben, aber zu wenig Investitionen. Es vermittelt den Eindruck, dass wir zu viel Geld haben, was wir aber nicht haben. Viele wundern sich, wann sich diese Situation ändert. Aber es ändert sich nicht. Wir sehen in den zwei Diagrammen, dass wir beim Investitionsfaktor ungefähr bei 40 % sind. Es ist im 2020 etwas besser geworden, aber es sinkt nun schon seit drei Jahren.

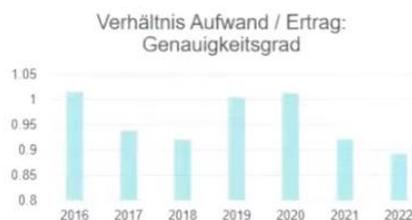
### Was sagen die Leute darüber?

Es ist nicht nur die SP, die darüber nachdenkt. Offenbar denken einige, das Budget sei eine Schätzung. Viele möchten gerne, Prioritäten sehen. Und einige hätten gerne eine Analyse und Behebung der Gründe. Einige reden lieber über Snickers.



## So sähe die Rechnung aus, wenn die Investitionen zu 80% realisiert würden

- Man hätte auf Jahre hinaus eine ausgeglichene Jahresrechnung.
- Man hat die Mittel, um die Investitionen zu tätigen
- Man hat der Bevölkerung nicht zu viel Geld weggenommen...
- ... aber man verwaltet nicht die Mittel, die uns die Bevölkerung gibt.





Wenn wir die Investitionen zu 80 % realisieren würden, würden wir sehen, dass wir eigentlich eine sehr ausgeglichene Jahresrechnung haben. Auf der Graphik bedeutet 1, dass die Rechnung dem Budget entspricht. Wir sehen, dass 2022 wären wir bei 90 %, was eigentlich gar nicht so schlecht ist. Wir nehmen also der Bevölkerung nicht zu viel Geld weg. Man verwaltet die Mittel, die uns die Bevölkerung gibt, nicht gut. Wir sind der Meinung, es sollte sich etwas ändern. Ich glaube es ist legitim, dass einige Ungenauigkeiten erklärt werden und ein Plan vorgelegt werden soll, aus dem hervorgeht, was unternommen wird. Natürlich ist es nett immer ein zu hohes Budget zu haben. Es ist prestigeträchtig, zu viel Geld zu haben, aber es ist nicht nachhaltig. Und ich glaube, es wäre gut, wenn der Gemeinderat einen gewissen Druck ausüben würde, um die Realisierung der Investitionen zu erhöhen. Ich glaube nicht, dass das nur eine SP-Sache ist. Ich glaube, es ist auch im Interesse einer bürgerlichen Politik und vor allem jedes Jahr ist ein verlorenes Jahr. Darauf komme ich nachher noch zurück.

Wir möchten einen Plan haben, wie man mit den Investitionen umgehen möchte. Es gibt eigentlich schon einen Plan: Das ist der Finanzplan. Es wäre also eher die Frage, kann man diesen Finanzplan einhalten. Ich bin alle Seiten des Finanzplans durchgegangen und ich muss sagen, dass es sehr, sehr komplex ist. Man sieht vor lauter Bäumen eigentlich den Wald nicht mehr. Aber es bleiben zwei Fragen: Fehlen die Ressourcen, um den Plan umzusetzen, oder sind die Prioritäten bei der Investitionsplanung falsch gesetzt?

Tatsächlich denke ich der Finanzplan hat seine Tücken. Die Prioritäten sind einigermaßen festgelegt, aber die Ressourcen für ihre Realisierung sind nicht erkennbar. Und es ist genau dort, wo der Bezug zur Realität wäre. Wenn wir nun annehmen, dass wir jährlich ein Niveau von Fr. 20 Mio. hätten, wäre das nicht investierte Geld einfach verloren. Und dann kommen wir in einen Teufelskreis, weil wir dringliche Sache wie Schule, ASZ und Tiefbau machen müssen und jede weitere Investition verschoben wird. Nachher werden sehr wichtige Projekte z.B. Busbahnhof oder Hallenbad abhängig von einer Steuerfusserhöhung. Wenn wir dann wirklich einen richtigen Plan haben wollen, dann müssen die Prioritäten auch auf die Möglichkeit der Einhaltung hin kontrollierbar sein.

Man kann sich streiten, ob Investitionsstau das richtige Wort ist. Das ist aber wohl Kosmetik, man kann es auch anders nennen, aber das Problem ist da und es bleibt. Die gesetzlich vorgegebenen Investitionen sind natürlich zuallererst einzuhalten. Das genügt aber nicht für eine gesunde Stadtentwicklung. Standortattraktivität ist nicht nur tiefe Steuern. Ich kenne viele Unternehmen, die nicht nur schauen, dass sie wenig Steuern bezahlen müssen, sondern auch für ihre Mitarbeitenden ein gewisses Angebot haben. Man denkt an gewisse IT-Giganten, die auch hier in der Schweiz tätig sind. Es gibt aber natürlich eine politische Seite: Aus Sicht der SP fehlt viel in der Infrastruktur von Dübendorf, das gar nicht berücksichtigt ist: Klimaschutzmassnahmen, Infrastruktur für Flüchtlinge, Photovoltaikanlagen, kulturelle Einrichtungen, Betreuungsangebote, Begegnungsorte für gewisse Bevölkerungsgruppen. Sie alle tragen zur Attraktivität des Standortes und zum Wohlbefinden der Bevölkerung bei. Ich hoffe, diese Vorführung hat sie überzeugt, für dieses Postulat zu stimmen. Ich hoffe auch, dass das Postulat in Dübendorf etwas bewirken kann."

#### Stellungnahme Stadtrat, Martin Bäumle (glp/GEU), Finanzvorstand

"Zu tiefe Umsetzung der Investitionsrechnung, wie wir es nun einige Male erlebt haben, ist nicht gleichzusetzen mit einem Investitionsstau. Aus Sicht des Stadtrats gibt es keinen Investitionsstau in Dübendorf. Im Gegenteil werden wir in den nächsten Jahren die Investitionen priorisieren müssen, um all diese grossen Projekte, die uns bevorstehen, überhaupt abwickeln zu können, sowohl finanziell, als auch selbstverständlich personell. Ich möchte betonen, dass aktuell das Mehrzweckgebäude im Bau und bald abgeschlossen ist, rund Fr. 10 Mio. bei Fertigstellung. Wir haben den Neubau beim IMWIL mit rund Fr. 40 Mio. abgeschlossen. Die Hermikonerstrasse ist nach langem Rechtsstreit nun im Bau. Weitere Tiefbauten, die möchte ich nicht vergessen, werden folgen. Wir haben ein Sportzentrum bewilligt, das indirekt auch kosten wird. Es sind in diesem Sinne aktuell beim Gemeinderat – das Hallenbad ist vom Gemeinderat verabschiedet und kommt jetzt in die Volksabstimmung, man redet von ca. Fr. 50 Mio, inklusive aktuelle Teuerung. Das Schulhaus Birchlen ist beim Gemeinderat hängig.



Das liegt man bei rund Fr. 60 Mio. Weitere Schulhäuser sind in der Pipeline, Schulhausprovisorien. Die Beträge sind im Finanzplan auch schon angezeigt. Und verschiedenste weitere Projekte sind in der Pipeline. Mit den zehn erwähnten Punkten habe ich das Postulat ohne Überweisung eigentlich schon beantwortet. Der Stadtrat ist in diesem Sinne nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen."

## Diskussion

Patrick Walder (SVP)

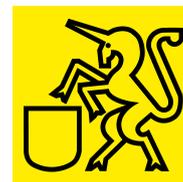
"Investitionen und Investitionsplanung sind spannende und wichtige Themen. Auch wir von der SVP sehen es kritisch, wenn nur knapp die Hälfte der jährlich geplanten Investitionen umgesetzt werden. Mehrfach haben wir darauf hingewiesen, dass die Investitionsrechnung nicht eine Pendenzenliste des Stadtrats sein darf, sondern dass sie widerspiegeln soll, was wirklich umgesetzt werden kann. Das gehört auch in die Kategorie Budgetgenauigkeit. In diesem Punkt sind wir mit den Postulanten einverstanden.

Vom Rest der Postulatsforderung und Begründung müssen wir uns aber distanzieren, weshalb wir das Postulat nicht unterstützen werden. Als Erstes ist für uns offen, von welchem Investitionsstau gesprochen wird. Ein Investitionsstau ist dann gegeben, wenn nötige Investitionen nicht getätigt werden oder getätigt werden können. Dies ist offensichtlich nicht der Fall. Solange wir ein unnötiges Hallenbad in Form eines Prunkbaus finanzieren können und solange es für uns tatsächlich eine Option ist, das Stägenbuck um statt neu zu bauen, haben wir offensichtlich keinen Stau beim Notwendigen. Weiter scheiben die Postulanten von der Prioritätensetzung der Verwaltung. Hier wenden sie sich an die falsche Adresse. Zuständig für die Prioritätensetzung ist der Stadtrat und nicht die Verwaltung. Abschliessend zur Postulatsforderung ist zu erwähnen, dass für die Geschwindigkeit der Investitionen nicht das fehlende Personal verantwortlich ist. Verantwortlich dafür sind nicht ausgereifte Anträge des Stadtrats, ungenügender Einbezug möglicher Rekurse oder Investitionsvorhaben, welche nicht mehrheitsfähig sind. Daher müssen wir nicht über fehlende Personalressourcen sprechen, sondern über die Arbeit des Stadtrats. Reden wir also über die Arbeit des Stadtrats:

- Der Stadtrat schafft es immer wieder, Projekte voranzutreiben, deren Notwendigkeit in Frage gestellt wird. Diese lösen dann grosse Gegenwehr aus. Als aktuelles Beispiel erwähne ich das Projekt Usterstrasse. Ein überrißenes Vorhaben mit unnötigen Massnahmen, das den Verkehr behindern und dadurch starke Gegenwehr auslösen wird. Ein anderes Beispiel sind die schönen Stühle, welche neu auf dem Stadthausplatz stehen. Wir sind uns wohl kaum einig, ob es diese braucht. Aber wir werden uns einig sein, dass diese beim besten Willen keine Priorität haben.
- Oder nehmen wir als Beispiel die regelmässigen Diskussionen über die Beschaffung von Fahrzeugen. Dem Stadtrat wird Jahr für Jahr aufgezeigt, welche Informationen das Parlament beim Entscheid für Ersatzbeschaffungen haben möchte. Trotzdem legt der Stadtrat diese Informationen nicht vor.
- Und abschliessend: Sprechen wir noch über die gebundenen Ausgaben. Auch hier stösst der Stadtrat immer wieder auf Kritik. Trotzdem ist er nicht gewillt, das Gesetz konsequent anzuwenden (Sachlichkeit, Örtlichkeit und Dringlichkeit), was zu Diskussionen und Einsprachen führt. Siehe hierzu zum Beispiel der Beschluss des Stadtrats mit dem Thema Bahnhof Nord – Erstellung Warterhalle.

Ein weiterer Punkt scheint mir noch wichtig. Wir sprechen hier nur von den budgetierten Investitionen. Schauen wir das rasante Ausgabenwachstum der laufenden Rechnung an, müssen wir feststellen, dass insbesondere in den Bereichen Soziales und Bildung jährlich Ausgaben in Millionenhöhe - teilweise mit Investitionscharakter - getätigt werden, die aufgrund der Dringlichkeit und übergeordneter Gesetzgebung getätigt werden müssen, aber nie im Budget erscheinen.

Wir werden das Postulat ablehnen, werden aber die Investitionen weiterhin kritisch und genau prüfen."



## Stefan Angliker (FDP)

"Die Investitionsquote in der Stadt Dübendorf war in den letzten Jahren tatsächlich etwas tief. Wenn man nun oberflächlich hinschaut, könnte man schon den Eindruck erhalten, dass man eventuell einen Investitionsstau hat. Das wäre allerdings nur dann der Fall, wenn der politische Wille zur Umsetzung von Projekten fehlen würde, was er aber in Anbetracht von grossen Projekten, die in der Pipeline sind – ich nenne das nur das Hallenbad oder den Neubau des Schulhauses Birchlen – nicht der Fall sein kann. Auch eine fehlerhafte Planung kann man – zumindest bei den meisten Projekten nicht feststellen. Sie kennen die Ausnahmen. Der Stadtrat konnte bei der Behandlung der Jahresrechnung darlegen, dass viele der Verzögerungen bei den Investitionen durch äussere Einflüsse bedingt sind, beispielsweise durch Rekurse oder andere Sachen, auf die er wenig Einfluss hat. Mehr Personal, wie das durchs Postulat gefordert wird, schafft keine Abhilfe gegen diese äusseren Einflüsse und würde nur Mehrkosten ohne grossen Nutzen verursachen. Die FDP lehnt daher die Überweisung des Postulats ab."

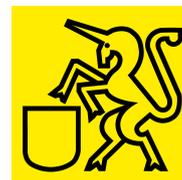
## Julian Croci (Grüne)

"Die Grüne Fraktion unterstützt dieses Postulat. Zu lange haben wir zugeschaut, wie sich notwendige Investitionen stauen und nicht umgesetzt werden. Das sorgt nicht nur für grosse Abweichungen zwischen Budget und Rechnung, sondern birgt auch die Gefahr, dass Investitionen, die zu lange nicht angegangen werden, dann plötzlich alle gleichzeitig und überstürzt bewilligt werden müssen, z. B. weil Bauten den Ansprüchen nicht mehr genügen oder Infrastruktur das Ende ihres Lebens definitiv erreicht hat und nur noch mehr schlecht als recht repariert werden kann. Das Lehrschwimmbecken im Stägenbuck lässt grüssen. Ebenfalls werden Bauvorhaben, die auf die lange Bank geschoben werden, teurer. Am Ende schadet der Investitionsstau also auch der Stadtkasse. Darum sind wir uns im Rat hoffentlich einig, dass der Investitionsstau schnellstmöglich behoben werden muss. Jetzt ist die Frage, wie man diese Verstopfung löst. Das Postulat fordert, dass der Stadtrat in einem Bericht Massnahmen erarbeitet und auch aufzeigt, wie dies passieren könnte. Insbesondere soll auch ein Fokus darauf gelegt werden, ob die Grösse der Verwaltung der Stadt Dübendorf der Grösse von Dübendorf überhaupt gerecht wird oder ob mangelnde personelle Ressourcen den Flaschenhals bilden. Abhängig von der Stossrichtung der momentanen Leistungsüberprüfung könnte das Ergebnis von dieser auch schon einen Hinweis hierauf geben. Sollte Dübendorf wirklich eine zu kleine Verwaltung haben, würde eine Vergrösserung dieser Verwaltung nicht nur helfen, den Investitionsstau zu beseitigen, sondern auch dazu führen, dass die Stadt Dübendorf zu einem besseren Arbeitgeber wird. Vorausgesetzt natürlich – wir haben es heute schon gehört – dass der Stadtrat von seinem hohen Ross heruntersteigt und sein Teuerungsausgleichssystem endlich dem der anderen Gemeinden im Kanton anpasst oder zumindest endlich einführt und in Zukunft auf intransparente Lohnspiele verzichtet. Zum Schluss möchte ich trotzdem nochmals betonen, die Überwindung des Investitionsstaus ist eine der wichtigsten Herausforderungen und wir hoffen, dass insbesondere die rechte Ratsseite sich dazu aufraffen kann, das Postulat zu überweisen. – Gut, werden sie nicht, haben wir ja schon gehört. Aber hätten sie das gemacht, wäre damit auch ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht, der wichtig für Dübendorf und die Bevölkerung ist."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## **Abstimmung**

Der Gemeinderat beschliesst mit 9 zu 26 Stimmen das Postulat André Csillaghy (SP) und 8 Mitunterzeichnende «Auflösung des Investitionsstaus» nicht an den Stadtrat zu überweisen. Das Geschäft Nr. 33/2023 ist somit abschliessend behandelt.



**7. Ersatzwahl eines Mitglieds der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte für die Amtsdauer 2022-2026 / Rücktritt Andreas Sturzenegger  
GR Geschäft Nr. 27/2023**

---

Theo Johner (die Mitte/EVP), Präsident der IFK

"Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen unser neues Gemeinderatsmitglied Daniel Ganz (FDP) als Nachfolger in die KRL vor."

Dieser Vorschlag wird nicht vermehrt.

Art. 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung sieht vor, dass wenn bei einer Wahl gleichviele oder weniger Personen vorgeschlagen sind, als Sitze zu besetzen sind, die Präsidentin oder der Präsident die Vorgeschlagenen als gewählt erklärt. Somit erklärt Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) Daniel Ganz als Mitglied der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 gewählt und wünscht ihm eine interessante Kommissionstätigkeit.

**8. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2023/2024**

---

Für diese Fragestunde sind sieben Fragen eingereicht worden. Gemäss Geschäftsordnung können die Fragestellenden eine Ergänzungsfrage stellen, nicht aber andere Ratsmitglieder. Die Begründungen zu den Fragen sind möglichst kurz zu halten.

**1. Marco Lang (die Mitte/EVP) zur Volksinitiative «Alterswohnungen im Zentrum»**

Einleitung

Dieses Thema zieht sich nun doch schon eine kleine Ewigkeit hin. Deshalb möchte ich einen kurzen geschichtlichen Rückblick geben. Im Jahr 2011 wollte der Stadtrat das Land vom Hechtparkplatz (Kat. Nr. 16529) an einen Investor verkaufen. Dieses Unterfangen wurde vom Gemeinderat am 1. Oktober 2012 genehmigt. Durch das Behördenreferendum konnte eine Volkabstimmung erzwungen werden, welche den Entscheid des Gemeinderates kippte und den Landverkauf verhinderte. Darauf wurde im Jahr 2014 die Volksinitiative Alterswohnungen im Zentrum eingereicht. Der Stadtrat beantragte den Auftrag zur Erarbeitung einer Umsetzungsvorlage. Dieser Antrag wurde durch eine grosse Mehrheit im Gemeinderat im Jahr 2015 genehmigt. Der Umsetzungsvorlage wurde 2016 mit 32 zu 0 Stimmen im Gemeinderat zugestimmt. Soweit so gut, könnte man meinen. Doch weit gefehlt. Seither ist in dieser Angelegenheit nämlich nichts mehr passiert. Ausser dem Nachfragen Ende 2016, 2017 und 2021, das mit faulen Ausreden von Finanzvorstand Martin Bäumle beantwortet wurde. Mittlerweile sind seit dem Zustandekommen der Volksinitiative neun Jahre vergangen.

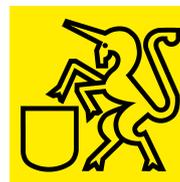
Frage

Wie ist der aktuelle Stand und wie sieht der Zeitplan der Umsetzung aus?

Antwort des Stadtrates, Martin Bäumle (glp/GEU), Finanzvorstand

"Zuerst eine Vorbemerkung zum Satz "...Seither (2016) sei in dieser Sache nichts mehr passiert und auf Nachfragen mit faulen Ausreden von Finanzvorstand Bäumle geantwortet worden...": Diese Aussage ist a) falsch und b) eine grenzwertige Unterstellung an die Adresse des Stadtrates, zu welchem letztlich auch der Finanzvorstand gehört. Ich muss das schon fast als persönlichen Angriff werten.

Fakten: Nach der Annahme der Vorlage im Gemeinderat gab es eine Ausschreibung zur Umsetzung der Volksinitiative. Es haben sich dann mehrere Investoren beworben. Mit diesen potentiellen Investoren sind Gespräche für die formelle Auswahl geführt worden. Der Stadtrat hatte grundsätzlich Entscheidungsgrundlagen und den Partner eigentlich mehr oder weniger ausgesucht. Es gab aber ver-



schiedenen Stakeholder, die dazu führten, dass wir vor einer definitiven Vergabe verschiedenste Gespräche mit Stakeholdern führten. Damit allfällige Verzögerungen durch Rekurse oder die Blockierung des Geschäfts vermieden werden kann. Es hat sich dann gezeigt, dass einige dieser Hürden möglicherweise nicht überwindbar sein könnten. In dieser Phase hat dann die Primarschulpflege ihre Schulraumplanung gestartet mit den Provisorien und als eines der möglichen Grundstücke wurde eben auch dieses Grundstück auserkoren. Auch dadurch ist der Gemeinderat informiert worden. Dadurch wurde eine Art Eigenbedarfsfrage in den Raum gestellt. Gestützt auf das hat der Stadtrat oder/und der Finanzvorstand das Verfahren sistiert und schliesslich sind auch die Verhandlungen mit dem Partner mit den Schwierigkeiten, die ich schon erwähnt habe, die nicht am Partner lagen, sondern an einem anderen Stakeholder, abgebrochen worden im Sinne des gegenseitigen Einvernehmens, dass ohne Klarheit wie es mit der Schule aussieht, auch dieser Investor erklärte nicht weiter zuwarten zu wollen. Entweder würde man nun weitermachen mit den Stakeholdern und man sucht eine Lösung oder man bricht ab. Ca. im Frühsommer 2022, das ist nun also tatsächlich mehr als ein Jahr her, ist die Primarschulpflege – und das, nehme ich an, weiss der Fragesteller, er ist da ja nahe dran – an den Stadtrat gelangt - das ist aber nicht offiziell, das wäre nahe ans Amtsgeheimnis – dass für dieses Grundstück kein Bedarf mehr besteht und die Schule an einem Grundstück in relativer Nähe als Alternative durchaus ein grosses Interesse hätte. Darauf ist aber klar, dass das Grundstück, welches die Schule im Auge hat, aus Stadtratsicht sehr ungeeignet und fast unmöglich ist. Und diese Gespräche betreffend Grundstück, das sie gerne hätten, und das wir für geeignet halten, sind mit der Primarschulpflege noch nicht abgeschlossen. Und dadurch braucht es nun dann noch neben den Gesprächen mit der Schule einen Grundsatzentscheid des Stadtrats, hält er mit der Schule daran fest, dass man hier ein Reservegrundstück behält oder nein, Eigenbedarf für die zukünftige Nutzung, oder – und dann die entsprechenden Verfahren habe ich auch schon erläutert, was dann folgt – sagt er wir schreiben das Geschäft Eigennutzung ab und wir starten das Verfahren für die Ausschreibung neu, weil die Investoren wie gesagt nicht mehr da sind, die damals da waren. Das ist in etwa der Ablauf. Ich möchte noch anfügen, wenn man sagt, man müsse das Geschäft vorantreiben. Die Stadt Dübendorf und die Finanzabteilung hat momentan sehr viele wichtige Geschäfte, die aktuell laufen unter anderem die Gumpisbühl-Vergabe, die sehr grosse und wichtige Geschäfte sind. Da gebe ich zu, da hat der Finanzvorstand auch entschieden, dass es nicht die allerhöchste Priorität in der Verwaltung hat, die Sistierung oder die Priorisierung mit der Schule, die Diskussion um die Abschreibung oder Nichtabschreibung. Das Geschäft läuft aber weiterhin und ist auf unserer Pendenzenliste. Ich gebe keinen Zeitplan bekannt, wann wir das machen können. Ich hoffe, dass ich bald im Stadtrat den Grundsatzentscheid abholen kann, in Rücksprache mit der Primarschulpflege. Und dass es dann entweder den einen oder den anderen Weg nimmt."

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

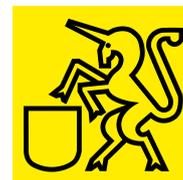
## **2. Julian Croci (Grüne) zur Fertigstellung und Veröffentlichung der Leistungsüberprüfung**

### Einleitung

Laut der Antwort des Stadtrates vom 11. Februar 2021 auf das Postulat Leistungsüberprüfung von Patrick Walder und 10 Mitunterzeichner\*innen sollte jene Überprüfung abgeschlossen sein. Dennoch erhielt weder der gesamte Gemeinderat, noch die Bevölkerung die Ergebnisse bis jetzt.

### Fragen

1. Konnte die Leistungsüberprüfung wie geplant abgeschlossen werden?
2. Wenn ja, warum erhielt der Gemeinderat und die Bevölkerung die Ergebnisse noch nicht?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Wann kann der Gemeinderat mit den Ergebnissen rechnen?



## Antwort des Stadtrates, Martin Bäumle (glp/GEU), Finanzvorstand

"Die erste Frage muss mit "nein" beantwortet werden. Es hat in diesem Prozess Verzögerungen gegeben. Die Umsetzung ist auch nicht ganz einfach. Es zeigt sich, dass allenfalls der Wille zur Umsetzung des Projekts nicht auf allen Ebenen immer zu 100 % vorhanden war. Wir haben als Stadtrat die GRPK darüber auch informiert und ich weiss auch, dass dies in der GRPK nicht nur Freude ausgelöst hat. Wir haben die GRPK ebenfalls informiert, dass ein Schlussbericht der bisher umgesetzten, aber auch der bisher verworfenen Massnahmen und ob und welche weiteren Schritte noch folgen werden der Stadtrat zu Handen von Gemeinderat, respektive GRPK, ca. Ende Oktober verabschiedet wird. Auch darüber ist die GRPK informiert."

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

\*\*\* Wie bereits im Vorfeld angekündigt verlässt der Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU) die Sitzung \*\*\*

## **3. Julian Croci (Grüne) zur möglichen Beteiligung der Stadt Dübendorf an der Bauteilvermittlung Zürichsee-Oberland**

### Einleitung

Das Baugewerbe ist für den grössten Teil des Abfalls verantwortlich, der in der Schweiz produziert wird. Bauteilbörsen helfen, diesen Abfallberg zu vermindern durch die Weitervermittlung von gebrauchten Bauteilen. Die Bauteilvermittlung Zürichsee-Oberland wird bereits heute von der Stadt Uster unterstützt, Dübendorf jedoch fehlt.

### Fragen

1. Hat der Stadtrat bereits in Erwägung gezogen, die Bauteilvermittlung Zürichsee-Oberland zu unterstützen?
2. Wenn ja, warum kam keine Zusammenarbeit zustande?
3. Engagiert sich die Stadt Dübendorf anderweitig im Bereich der Bauteilvermittlung/Bauteilbörsen?

## Antwort des Stadtrates, André Ingold (SVP), Stadtpräsident

"Hat der Stadtrat bereits in Erwägung gezogen, die Bauteilvermittlung Zürichsee-Oberland zu unterstützen? Da kann ich klar verneinen, das haben wir noch nicht. Darum muss ich auch die zweite Frage gar nicht beantworten. Bei der dritten Frage: Im Moment machen wir nichts, aber ich kann versichern, dass die Verwaltung vor allem bei den Eigenbauten ressourcenschonend umgeht mit den Bauteilen und entsprechend so ihren Beitrag leistet."

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

## **4. Thomas Maier (glp/GEU) zur Strategie der Glattwerke betreffend erneuerbarem Strom**

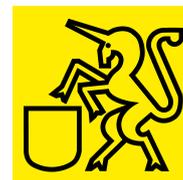
### Einleitung

Der letzten Rechnung lag der Strommix der Glattwerke bei. Über die Abgabe auf dem gesamten Gemeindegebiet werden 41% Kernenergie abgegeben. Gemäss den Tarifblättern erhalten die Privatkunden 100%, ohne Aufpreis, mit Strom aus Schweizer Wasserkraft. Der Arbeitspreis beträgt 14.4 Rp./kWh. Auf dem Tarifblatt der Businesskunden wird ein Preis von 13.2 Rp./kWh angegeben, und keine Herkunft des Stroms.

Die EKZ, um ein anderes EVU zu nennen, liefern knapp 90% Wasserkraft, 4% Solarenergie und 6% geförderten Strom.

### Fragen

1. Da die Privatkunden 100% erneuerbar bekommen, müssen die Gewerbekunden viel Atomstrom beziehen. Wie gross ist dieser Anteil?



2. Wie setzt sich der Stadtrat in den Glattwerken dafür ein, dass die Glattwerk bei der Stromlieferung den ökologischsten EVU in der Region hinterherkommen?
3. Welche Strategien könnte sich der Stadtrat vorstellen für die Glattwerk AG, damit mehr erneuerbarer Strom abgesetzt wird? Bspw. Opt-out-Tarife für das Gewerbe mit Basisangebot auch erneuerbar.

#### Antwort des Stadtrates, Adrian Ineichen (FDP), Tiefbauvorstand

"Vielleicht ist vorzuschicken, dass der Anteil des erneuerbaren Stroms bei den Glattwerken im Jahr 2021 100 % betrug. Das ist ganz wichtig. Im Jahr 2022, das ist aber korrekt, lag der nicht bei etwas mehr als 60 %. Und das hatte mehrere Gründe: Das Jahr 2022 war etwas speziell. Einerseits waren wir von einem Hitzesommer betroffen. D.h. die Wasserkraft war nicht so stark verfügbar wie gewünscht. Ich muss vielleicht noch anmerken, dass die Glattwerke vor allem erneuerbaren Strom aus Wasserkraft beziehen, prioritär aus der Schweiz und, wenn das nicht geht, aus dem Ausland. Und im Jahr 2022 hat sich dies als schwieriger herausgestellt, den Strom aus Wasserkraft zu beziehen. Ebenfalls – das wissen sie – haben im Jahr 2022 aufgrund des Krieges in der Ukraine die Energiemärkte sehr volatil reagiert und es war unter anderem deswegen schwierig für die Glattwerke, erneuerbaren Strom zu erhalten. Man kann vielleicht sagen, dass die Glattwerke absolut vergleichbar sind mit anderen lokalen Elektrizitätsversorgungsunternehmen was den Anteil der erneuerbaren Energien betrifft.

Zu der ersten Frage entsprechend die Antwort: Glattpower Basic als Strom für Privatkunden oder auch für kleine KMUs mit einem Strombezug von unter 50 Megawatt, die beziehen 100 % - auch im 2022 – Wasserstrom, also total erneuerbar. D.h. nur in Glattpower Business und Industrie hat es im 2022 einen Anteil gegeben, der nicht erneuerbar war. Fragen 2 und 3 nehme ich zusammen: Wie gesagt, die Glattwerke sind absolut vergleichbar mit anderen Energieversorgungsunternehmen was den Anteil der erneuerbaren Energien betrifft. Und die Glattwerke machen allgemein sehr viel, was die Nutzung von erneuerbarem Strom betrifft. Einerseits beziehen sie – wie bereits erwähnt – Strom aus Wasserkraft, andererseits betreiben die Glattwerke auch heute schon acht eigene Photovoltaikanlagen mit mehr als 400 kWatt Peak. Der Stadtrat hat letzten Dezember seine Legislaturziele 2022-2026 verabschiedet und in diesen bekennt sich der Stadtrat zur Klimaneutralität, also zum Nettonullprinzip. Und gemäss dem Prinzip plant er, in dieser Legislatur die Eigentümerstrategie für die oder von den Glattwerken weiterzuentwickeln und mit dem Ziel in Einklang zu bringen. Entsprechende Massnahmen sind nicht nur geplant und in Arbeit, sondern sind auch ein Teil des Massnahmenplans Klima, besser bekannt als Klimastrategie."

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

#### **5. Bruno Eggenberger (die Mitte/EVP) zur Strassensanierung Bungertweg**

##### Einleitung

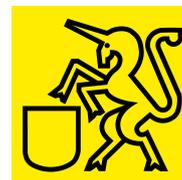
Die Strassensanierung am Bungertweg ist abgeschlossen und die Parkplätze sind wieder eingezeichnet.

##### Bruno Eggenberger (die Mitte/EVP)

"Die Einleitung ist sehr kurz, aber ich hätte noch etwas dazu zu sagen: Es ist immer das leidige, dass bei Strassensanierungen immer der China-Granit verwendet wird. Das habe ich hier im Saal auch schon gesagt. Es wäre noch schön, das nur als Bemerkung, wenn man wieder einmal Tessiner Granit verwenden würde anstelle des von weit her gereisten China-Granits."

##### Frage

1. Wer bestimmt die Anzahl der öffentlichen Parkplätze am Bungertweg?
2. Die Anzahl der öffentlichen Parkplätze wurde um 50 % reduziert wie ist es dazu gekommen?



## Antwort des Stadtrates, Adrian Ineichen (FDP), Tiefbauvorstand

"Es ist relativ einfach: Wir sind als Gemeinde an die auf Bundes-, Kantons-, aber auch lokale Ebene existierenden Rechtsgrundlagen gebunden. Bei Bauprojekten müssen wir entsprechend prüfen, ob wir im Einklang sind mit den Rechtserlassen. Das ist ein Standardvorgehen. Dem können wir nicht ausweichen. Und entsprechend ist es so: Es gibt die sogenannten kantonale Verkehrserschliessungsverordnung. Sie legt unter anderem den Sichtbereich fest bei Ein- und Zufahrten in Strassen. In einer Tempo-30-Zone beträgt die Sichtbreite 20 m und es ist leider so, dass bei einigen ehemaligen Parkplätzen am Bungertweg diese Sichtweite nicht eingehalten war. Diese Parkplätze konnten nach der Sanierung entsprechend nicht eingezeichnet werden."

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

## **6. André Csillaghy (SP) zum Zugang Nord Perron Bahnhof Stettbach**

### Einleitung

Immer mehr Menschen pendeln vom und zum Bahnhof Stettbach. Viele Menschen wohnen nördlich des Bahnhofs. Der zentrale Zugang ist oft überlastet. Es gibt ein Projekt für einen Nordzugang, der nicht nur den zentralen Zugang entlasten würde, sondern auch eine willkommene Abkürzung für die Bewohner:innen wäre.

### Frage

Wie sind der Stand und die aktuelle Planung der Entwicklung dieses Zugangs?

## Antwort des Stadtrates, Adrian Ineichen (FDP), Tiefbauvorstand

"Es ist nicht nichts passiert und es mangelt bei dem Investitionsprojekt auch nicht an den Köpfen. Wie so oft bestehen veränderte Rahmenbedingungen und neue Anforderungen. Wie vielleicht bekannt ist, gab es seit Jahren ein Projekt, dass man am Bahnhof Nord einen neuen zusätzlichen Zustieg machen möchte. Ursprünglich war dieser einzig und alleine als Treppe mit einem kleinen Brücklein angedacht. Das ist aber nun nichts, die Rahmenbedingungen haben sich verändert und neu muss ein Lift her, das heisst die Planungen und Kosten, die aufgelaufen sind, sind für die Katze. Entsprechend wird aktuell das Projekt neu aufgestellt, das Bauprojekt ausgearbeitet. Der Lead ist bei den SBB. Nach einer erfolgten sicherheitsorientierten Prüfung, die bald diesen Herbst stattfinden wird, sind wir voller Hoffnung, dass dieses Dossier Ende 2023 eingereicht werden kann - oder dies die SBB machen wird – für das sogenannten Plangenehmigungsverfahren. Gemäss SBB dauert das Verfahren ungefähr 22 Monate. Das heisst – man rechne – mit dem Baustart kann frühestens Ende 2025 zu rechnen sein und – wenn alles gut geht – mit einer Inbetriebnahme des neuen Aufgangs frühestens im Sommer 2026."

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

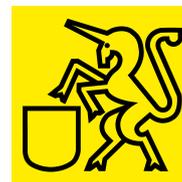
## **7. Oliver Kellner (Grüne) zur Einhaltung des Halteverbots an der Adlerstrasse**

### Einleitung

An der Adlerstrasse 1 zwischen dem Parkplatz auf dem Adlerplatz und den Parkplätzen der Tiefgarage City Center gilt ein Halteverbot. Trotzdem stehen täglich mehrere Autos und Lastwagen dort und verstellen teilweise den Veloweg.

### Frage

1. Wird das Halteverbot an der Adlerstrasse kontrolliert?
2. Wie viele Fahrzeuglenkerinnen und -lenker werden dort etwa pro Monat gebüsst?
3. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat, um den Veloweg freizuhalten?



## Antwort des Stadtrates, Hanspeter Schmid (die Mitte), Sicherheitsvorstand

"Ja, es ist so, die Adlerstrasse wird im entsprechenden Abschnitt regelmässig kontrolliert. Die Örtlichkeit wird auf den Patrouillenfahrten praktisch täglich angefahren. Die Polizei stellt jedoch keine erhöhte Missachtung des Halteverbotes fest. Durchschnittlich wird einmal pro Monat eine Buse ausgesprochen, es kommt zu regelmässigen Ermahnungen und "Wegweisungen" bevor gebüst wird. Betreffend weiteren Massnahmen sehen wir es eigentlich so, dass weiterhin regelmässige oder noch regelmässige Kontrollen durch die Polizei durchgeführt werden und dies so im Auge behalten wird."

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

Damit sind alle eingereichten Fragen behandelt.

## **Einwände gegen die Verhandlungsführung**

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechts-sachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

## **Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP)**

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 18. September 2023 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 2. Oktober 2023 festlegen.

Damit ist die 12. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

---

Schluss der Sitzung: 20:59 Uhr

## **Für die Richtigkeit des Protokolls**

Edith Bohli  
Gemeinderatssekretärin



**Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patrick Schärli  
Gemeinderatspräsident